

Hitzeschutz | 18.07.2024 | Nr. 233/24

Dagmar Hildebrand: TOP 31: Hitzeschutz hilft allen, aber insbesondere vulnerablen Gruppen

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren,

wer allein in den vergangenen Wochen und Monaten Nachrichten geschaut hat, konnte fast täglich Bilder von reißenden Bächen, Überschwemmungen, vorzeitigen Wirbelstürmen und verdorrten Äckern sehen. Der Eindruck aus den Nachrichten täuscht nicht: Extreme Wetterlagen nehmen zu. Extreme Hitze ist dabei nur ein Thema. Die Auswirkungen für Mensch und Natur sind bei allen Extremwetterlagen gravierend.

Gravierend sind auch die finanziellen Folgen des Klimawandels und der damit einhergehenden Extremwetterereignisse. Eine Studie des Wirtschaftsforschungsunternehmens Prognos hat gezeigt, dass Extremwetterlagen deutschlandweit Schäden für die Jahre 2000 bis 2021 über 140 Milliarden verursacht haben. In die Summe sind neben den direkt anfallenden Schäden an Gebäuden und Infrastrukturen und Ertragsverluste in Forst- und Landwirtschaft auch die Kosten indirekter Schäden, wie verringerte Arbeitsproduktivität, eingeflossen.

Diese Studie verdeutlicht die Dimension der Problematik und ist uns eine Mahnung. Es bedarf hier mehr Einsatz der Krisenvorsorge! Alle staatlichen Ebenen werden langfristig mehr investieren müssen, um unsere Bevölkerung und Sachwerte besser vor den Folgen von Extremwetterlagen zu schützen. Wir brauchen verlässliche Klimaanpassungsstrategien, die vor Hitze, Hochwasser und starken Wetterschwankungen schützen.

Lassen Sie uns nun das Thema Hitze etwas genauer betrachten. Für das Jahr 2022 wurde in verschiedenen Medien von rund 8.000 Todesopfern bundesweit durch Hitzeeinwirkung berichtet. Das Robert-Koch-Institut spricht auf seiner Homepage von 4.500 Opfern bundesweit.

Meine Damen und Herren, diese starke Abweichung bei den Zahlen lässt sich u.a. dadurch erklären, dass einheitliche Definitionen und Zählverfahren bislang nicht ausreichend abgestimmt sind. Wenn man die niedrigere Zahl des RKI als Ausgangsbasis berücksichtigt, sind damit fast doppelt so viele Menschen in Deutschland an Hitze gestorben wie im gleichen Zeitraum im Straßenverkehr. Das sind erschreckende Zahlen.

Auch wenn das Thema Schleswig-Holstein nicht so stark betrifft wie südlichere Bundesländer, so hat die Landesregierung bereits im November 2021 einen ressortübergreifenden Informationsaustausch „Hitze“ auf Landesebene initiiert. Ebenso wurde den Gesundheitsämtern im Frühjahr des Jahres eine „Arbeitshilfe zur Entwicklung und Implementierung eines Hitzeaktionsplans für Kommunen“ zur Verfügung gestellt.

Für das Jahr 2024 berichtet das RKI jüngst, Stand 11. Juli, von bisher 470 hitzebedingten Todesfällen bundesweit, der größte Anteil betrifft Menschen mit einem hohen Lebensalter. Ich bitte Sie daher, dem Bericht und der Beschlussempfehlung des Sozialausschusses zu folgen. Unser ressortübergreifender Antrag spricht sich für passgenaue, effiziente, zukunftsgerichtete und unterstützende Maßnahmen in Extremwetterlagen aus und hilft somit besonders vulnerablen Gruppen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.